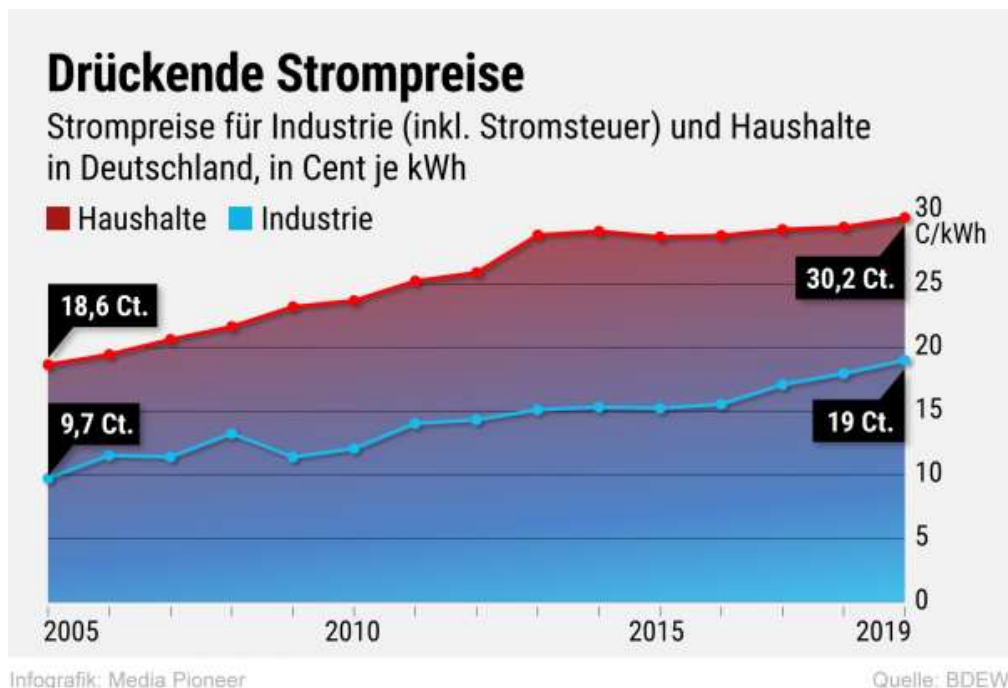


Gabor Steingart: Die "Energiewende" der Bundeskanzlerin

Die "**Energiewende**" der Bundeskanzlerin wirkt – aber dramatisch anders, als von ihr gedacht. Sie wirkt bei den Energiekonzernen wertvernichtend, bei den Stromkunden preistreibend, auf den für die Trassenführung geräumten Flächen naturzerstörend und das verrückteste ist, dass die im Pariser Klimaschutzabkommen zugesagten Reduktionen des Klimakillers CO₂ trotzdem weit verfehlt werden.

Der **Strompreis** je Kilowattstunde – auch das darf nicht verschwiegen werden – hat sich für die Industrie seit 2005 fast verdoppelt, plus 95,3 Prozent laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Die privaten Haushalte erlebten im selben Zeitraum einen Anstieg ihrer Stromrechnung um 62 Prozent. Im Prinzip handelt es sich um einen heimlichen Strom-Soli – mit dem Unterschied, dass dieser niemals mehr abgeschafft wird:



Insgesamt fielen durch die Energiewende laut einem Sondergutachten des Bundesrechnungshofs in den vergangenen fünf Jahren mindestens **160 Milliarden Euro** an **Zusatzkosten für Firmen und Steuerzahler** an. Das entspricht dem 21-fachen des Jahresgewinns der Daimler AG. Für die Jahre bis 2050 wird mit weiteren Zuwachskosten von bis zu **350 Milliarden** gerechnet. Peter Altmaier hatte, als er noch Umweltminister war, die Gesamtkosten der Energiewende auf eine Billion Euro beziffert. Damals wurde er belächelt, heute steht er als Prophet da.

Die Physikerin Merkel weiß mittlerweile, dass ihr dieses Großprojekt gründlich misslungen ist: „Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir scheitern“, sagte sie erst im Februar auf dem Kohlegipfel. Die Energiewende ist die toxische Hinterlassenschaft einer Politik, die ihre Möglichkeiten weit überschätzt hat.

Fazit: Was die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg durch Demontage und die DDR-Planwirtschaft später durch Schlendrian erreichte, schaffte **Angela Merkel** durch den Versuch, die Energiebasis des größten europäischen Industrielandes per Direktive zu verändern: Der deutschen Volkswirtschaft wurde schwerer Schaden zugefügt.

(Steingarts Morning Briefing, 15. März 2019)